

Mit Christine Tönige, Frenkenberger im Studio, herzlich willkommen zu einer Stunde-Information zum Mittag.

Wegen hoher Migrantenzahlen, Ruflampe, Duser, den Notstand aus, Bürger verlangen einen Generalstreik, wir schalten zu unserer Korrespondentin nach Italien.

Nach den furchtbaren Überschwemmungen ist Libyen weiter im Ausnahmezustand, allein in Darna werden 20.000 Tote befürchtet.

Wir blicken auf die Ozeane, noch nie seit es Aufzeichnungen gibt, waren die so warm wie in diesem Jahr, überfolgen für Klima, Meeresbewohner und den Menschen, spreche ich mit dem Meeresbiologen

Gerhard Herndl.

Im Gezere um die Informationsfreiheit vor dessen Aufwand kleinere Gemeinden verschont bleiben sollen, gehen wir der Frage nach, was überhaupt transparent gemacht werden soll.

Und was dürfen Schülerinnen und Schüler in der Schule tragen?

Eine Kleiderordnung an einem Gymnasium in Stockarao verbietet bauchfrei und große Ausschnitte und facht die Debatte wieder an.

Wie sehen die Schüler das?

Zugast im Mittagsschonal ist Bundesschul-Sprecherin Flora Schmudermeier.

Den Anfang macht Nikola Biermeier mit der Wetterprognose.

Heute Nachmittag regnet es stellenweise.

Von Salzburg bis in die bucklige Welt und im Süden geht es mit vielen Wolken und einigen Regenschauern weiter.

Die Sonne kommt nur ab und zu durch.

Etwas länger zeigt sie sich in Vorarlberg und Nordtyrol sowie von Oberösterreich bis ins Burgenland.

Hier gibt es nur wenige Schauer.

Aktuell hat es in der Landeshauptstätten um 20°C bei teils lebhaftem Nordwende reichende Temperaturen 17 bis 25°C und sind damit immer noch leicht überdurchschnittlich für Mitte September.

Am Wochenende wird es dann wieder spätsommerlich warben.

Wir beginnen in Libyen, wo nach den Sturmfluten und Überschwemmungen bis zu 20.000 Tote befürchtet werden.

In der am schwersten betroffenen Küstenstadt Derna im Nordosten sind mehr als 30.000 Menschen obdachlos.

Das entspricht einem Viertel der Einwohnern.

Einige Rettungsteams sind mittlerweile dort eingetroffen.

Doch wo wenig zu retten ist, sind sie vor allem mit der Bergung der Toten beschäftigt.

Ernst Kernmeier.

In der Nordost libyschen Küstenstadt Derna sind die Wassermassen zurückgegangen.

Die Zerstörung ist allgegenwärtig.

Rettungskräfte und Freiwillige suchen drei Tage nach der Überflutung nach Überlebenden, ohne große Hoffnung.

Überall verbreite sich der Geruch des Todes, sagt ein Mann.

Wir bitten euch um Hilfe, sagte er, die Leute seien begraben unter den Trümmern und unter dem Schlamm.

Geräte würden sie brauchen und Leute, die helfen, die Toten zu bergen, damit sie ordentlich beerdigt werden könnten.

Am Montag sind oberhalb der Küstenstadt Derna mit ihren 120.000 Einwohnern zwei Dämme gebrochen.

Ganze Viertel wurden vom Wasser mitgerissen.

Satellitenbilder vor und nach der Flut zeigen, dass dort, wo vor wenigen Tagen noch Häuser, Straßen und Brücken waren, jetzt alles von einer braunen Schlammschicht überzogen ist.

Als das Wasser kam, sei er um drei Uhr früh aufgewacht, sagt ein sudanesischer Fabrikarbeiter in Derna.

Er habe einen lauten Knall gehört, draußen habe er gesehen, dass es keine Stadt mehr gab.

Drei Tage später ist in Fernsehaufnahmen und in Videos in sozialen Medien zu sehen, wie Rettungsteams Tote in Plastiksecken abtransportieren und in Massengräbern verscharren.

5.300 Tote wurden bisher geborgen, mehr als 10.000 Menschen gelten noch immer als vermisst.

Der Bürgermeister der Stadt fürchtet, dass sich demnächst Zeuchen ausbreiten könnten.

Neben Derna sind auch mehrere umliegende Städte und Ortschaften von den Überflutungen betroffen.

Mehrere Länder darunter Ägypten, Qatar, die Türkei, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate haben Hilfsteams geschickt.

Einige Teile des Katastrophengebiet sind wegen der zerstörten Straßen und Brücken allerdings noch immer kaum erreichbar.

Weiter in die nächste Katastrophenregion nach Marokko.

Dort ist die Touristenmetropole Marrakesch nach dem Erdbeben vergangenen Freitag zu einer Art Normalität zurückgekehrt.

Die ersten Bilder und Videos nach dem Beben kamen aus der Stadt.

Doch die Touristenmetropole ist im Vergleich zum umliegenden Bergland nur wenig betroffen.

Und obwohl viele Menschen aus Angst vor Nachbeben noch immer auf den Straßen übernachteten, sind einheimische froh, dass die Touristen geblieben sind.

Aus Marrakesch berichtet ihnen Verena Sophie Meier.

Die goldene Nachmittagssonne erleuchtet die alte Stadt von Marrakesch.

Taschen, Schuhe, Lampen, Textilien werden in den Gassen verkauft.

Vor manchen Geschäften richt es nach Weihrauch oder marokkanischer Minze.

Die Meisterzerstörung ist in den Bergen.

Hier ist es kein großes Problem, sagt Nabil ein Verkäufer.

Aber die Leute haben Angst.

Es war schrecklich, wie eine Bombe.

Wir hatten von so etwas noch nie gehört.

In der Medina liegt hier und da etwas Schut am Boden.

Einzelne Fassaden der alten rosafarbenen Gebäude sind eingestürzt.

Eine Touristengruppe fotografiert das zerstörte Minaret.

Es ist kein geschäftiges Treiben wie vorher, aber okay, sagt Nabil.

Ohne Touristen gibt es hier nichts zu tun, da musst du zusperren.

Wir sind froh, dass sie nach ein bis zwei Tagen wieder gekommen sind.

Das macht uns glücklich.

Nicht wie Corona, da hatten wir zwei Jahre zu.

So was darf nicht wieder passieren.

Ein paar Straßen weiter feilschen fünf blonde Britinnen um klitzende Steine.

Sie sind wenige Stunden vor dem Erdbeben angekommen, erzählt Julie.

Wir hätten auch nach Hause fliegen können, aber wir haben bemerkt, sie brauchen uns jetzt hier.

Man sieht so viel von den schlimmsten Orten,

aber nicht die, die nicht betroffen sind und jetzt Touristen brauchen.

Ihr Hotel habe ein paar Risse, aber es sei sicher, sagt Julie,

den Ausflug ins Gebirge wird es jetzt nicht geben.

Wir geben viel Trinkgeld, um der Wirtschaft jetzt zu helfen, sagt sie.

Marokko habe kein Erdöl, nur Landwirtschaft und den Tourismus,

sagt Ayub.

Er verkauft in seinem Geschäft Kosmetikartikel aus Arganöl und Gewürze.

Natürlich wird es jetzt einen kleinen Rückgang geben,

aber für November oder Dezember wird die Stadt wieder gut gebucht sein.

Und er zeigt eine App auf seinem Handy.

Vor einer Stunde hat es wieder ein Nachbeben gegeben, mit der Stärke 3,9.

In den ersten Tagen sind seine Nachbarn und die Kinder sofort rausgelaufen,

haben eine Stunde draußen verbracht, sind wieder reingegangen

für 3, 4 Stunden und dann wieder hinab.

Doch das Leben in Marrakesch muss jetzt weitergehen.

Weißt du wieso wir das schaffen, fragt Ayub.

Wir sind spirituell stark, wir sind ein gläubiges Land,

wir sind alle Muslime und glauben, dass wir sterben werden.

Wir kennen unsere Geschichte aus unserem Buch.

Wir erleben wir mit ein wenig Leichtigkeit.

Sagt dieser Mann aus Marrakesch in einer Reportage von Berina Sophie Meyer.

In Italien erreichen dieser Tage tausende Bootsmigranten Lampe Duser.

Angesichts der hohen Zahl meldet die süditalienische Insel

zwischen Sizilien und Nordafrika chaotische Zustände.

9.000 Menschen sind seit Montag auf der Insel gelandet,

wir haben berichtet, das ist fast um ein Drittel mehr

als die Gesamtzahl der Einwohner.

So hat der Stadtrat am Abend den Ausnahmezustand ausgerufen.

Dazu ist uns aus Italien nun Cornelia Wospanik zugeschaltet.

Guten Tag.

Ja, immer wieder sind in den vergangenen Monaten

viele Migranten und Migrantinnen angekommen.

Nun herrscht also Notstand, was bedeutet das konkret?

Notstand, das bedeutet in erster Linie,

obwohl es sehr dramatisch klingt, aber dramatisch ist,

das auf Lampe Duser immer eigentlich einen bürokratischen Hebel.

Wenn man den Notstand ausruft, dann kommt man schneller zu dem,

was man braucht.

Und der Bürgermeister von Lampe Duser fordert schon seit längerem mehr Schiffe.

Warum mehr Schiffe?

Diese Schiffe sollen die Migrantinnen und Migranten schneller retten und dann möglicherweise auch gleich woanders hin in Italien hinbringen und diese Schiffe hat er bis jetzt nicht bekommen.

Heute früh hat er gesagt, er hat ein Gespräch mit der Regierungschefin mit der Regierungschefin von Lampe Duser.

Und Sie haben zugesichert, die Insel werden nicht allein gelassen.

Was das genau bedeutet, wissen wir nicht.

Georgia Meloni ist heute übrigens bei Viktor Orban in Ungarn.

Der Bürgermeister in Lampe Duser verlangt mehr Unterstützung.

Bürger verlangen teilweise einen Generalstreik auf der Insel.

Italien ruft die UNO und die G20 an.

Wie sehen denn die Reaktionen darauf aus?

Zum einen ein Generalstreik, das wäre etwas wirklich dramatisch.

Es ist ein Generalstreik, heißt, dass das öffentliche Leben ist und vergessen wir nicht.

Lampe Duser ist auch eine Tourismusinsel.

Es ist kaum vorstellbar.

Da machen Menschen weniger entfernt von diesem Flüchtlingscamp danach Urlaub.

Was wir jetzt gesehen haben, 120 Boote, die sich da in den Hafen hinein eigentlich in einer Schlange gestanden sind.

Das war wirklich nie da gewesen.

Aber die großen Reaktionen aus der Welt, der man sagt, das sei eine globale Sache, die gibt es bis jetzt nicht.

Wir haben ja auch noch ein paar Begründungen.

Wie konnte es dazu kommen,

dass gerade jetzt so viele Ankünfte erfolgt sind?

Eines möchte ich,

da wir zuvor zwei Beiträge aus Nordafrika gehört haben, klarstellen.

Das sind nicht Menschen, die jetzt wegen dieser Katastrophen oder nach diesen Katastrophen den Weg gesucht haben.

Die kamen zwar alle aus Tunesien, aber das sind Menschen, die schon sehr lange unterwegs sind.

Es ist ganz klar,

dass man es hier mit gesteuerten Ankünften zu tun habe.

Das hat er uns von der Presse gestern gesagt.

Wir haben ihn mehrfach gefragt, wer soll das steuern?

Wer soll das wollen?

Er hatte keine Antwort darauf.  
Er meinte, die italienischen Geheimdienste befassen sich damit.  
Mehr als 6000 Personen sind im Moment in der Flüchtlingseinrichtung auf Lampedusa, die das rote Kreuz betreut.  
Ausgelegt ist diese Einrichtung für maximal 400 Personen.  
Tausende kommen an.  
Das sind Menschen, die auf der Straße sind.  
Das sind Menschen, die darauf warten, weitergebracht zu werden.  
Man versucht, sie von der Insel wegzubringen.  
Das ist in diesen Tagen so schwer.  
Mittlerweile sehen wir von Lampedusa nicht nur Bilder von vor diesem Hotspot hinein.  
Es wird immer wieder durch die Gitter hineingedreht.  
Man sah da immer wieder einen total vollen Hof, diesen kleinen Park davor.  
Das sind Menschen, die darauf warten, weitergebracht zu werden.  
Kampagnen hat sich heute angeboten, ein paar davon zu nehmen.  
Dafür braucht man natürlich diese Schiffe.  
Aber in der Folge gibt es dann mit der Umverteilung auch in Italien immer wieder Debatten.  
Die Rechtsregierung will ja große Abschieberzentren errichten.  
Und zwar eines pro Region.  
Auch da gibt es Diskussionen.  
Da wehren sich viele Gemeinden.  
Aber unter dem Strich, die meisten dieser Menschen wollen ohnehin nicht in Italien bleiben, sondern in europäischen Länder weiter.  
Die Flüchtlingssituation ist nicht nur ein italienisches Problem.  
Es gibt einen freiwilligen europäischen Solidaritätsmechanismus zur Aufnahme von Flüchtlingen.  
Den hat Deutschland gestern gestoppt, also ausgesetzt.  
Wie sehen Sie denn diese Maßnahme im Gesamtgefüge, wie ist das einzuordnen?  
Nun, politisch ist das sehr deutlich einzuordnen in ein Bild, das ich jetzt etwas ausführen möchte.  
Denn numerisch gibt das nichts aus.  
In diesem Solidaritätsmechanismus hat sich Deutschland bereit erklärt, glaube ich, 2.000 Menschen zu nehmen.  
Viel weniger davon wurden genommen.  
Und das macht natürlich nichts aus bei einer Zahl von fast 130.000, die wir in diesem Jahr schon haben, um 90 Prozent mehr als im letzten Jahr.  
Aber es zeigt schon sehr die Verfasstheit.

Und es knüpft irgendwie an an das, was ich vorher erzählt habe.  
Denn Berlin reagiert mit dieser Maßnahme darauf,  
dass auch Italien seinen Teil der Regeln nicht einhält.  
Denn die jetzigen Regelungen sind so.  
Wenn jemand die EU betreten hat in Italien,  
und er wird dann in Deutschland aufgegriffen  
und hat kein Bleiberecht oder beantragt nicht Asyl,  
musste ihn Italien zurücknehmen.  
Und diese Rechtsregierung macht das nicht mehr  
und hat das auch klar gesagt.  
Gleichzeitig werden auch die Grenzen zu Frankreich dichtgemacht.  
Also Frankreich hat gesagt zu Italien,  
werden wir wieder schärfer kontrollieren.  
Und all das fügt sich in einem Bild,  
bei dem wir sehen, dass von einer gemeinsamen Migrationspolitik  
in der Europäischen Union derzeit eigentlich wenig  
bis gar nichts zu sehen ist.  
Berichtet Ihnen Cornelia Brosnan in Italien.  
Danke für das Gespräch.  
Auf Wiederhören.  
Von Lampe Duser jetzt ins Wasser.  
Noch nie waren die Ozeane so warm wie in diesem Jahr,  
seit es Aufzeichnungen gibt.  
Im August wurde die monatlich höchste Durchschnittstemperatur  
der Meeresoberfläche gemessen.  
Die hohen Temperaturen haben gravierende Folgen  
für das Meeresleben.  
Der Meer meeres Wasser nimmt weniger Sauerstoff auf  
als kälteres Wasser.  
Für Fische werden bestimmte Gebiete unbewohnbar.  
Wo wir stehen und wie es weitergehen könnte,  
berichtet Juliane Nagila.  
Temperaturen an der Wasseroberfläche von 29 Grad Celsius im Mittelmeer,  
38 Grad vor den Florida Keys.  
Während diese höchsten Temperaturen medial heftig diskutiert wurden,  
haben sie den Klimaforscher Mojib Latif  
vom Geomar Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel  
kaum verwundert.  
Insofern hat mich die Diskussion darüber etwas überrascht.  
Für mich ist es völlig normal,  
dass sich die Meere erwärmen,  
in dem Maße wie der Klimawandel voranschreitet.  
Zur voranschreitenden Erderwärmung  
hätte sich dieses Jahr auch das Klimafänomen El Niño gesellt,

das für kurzfristig höhere Temperaturen sorgt.

Man darf jetzt nicht den Fehler machen,

die aktuelle Situation zu extrapolieren

und den falschen Schluss ziehen,

dass sich auf einmal die Erderwärmung dramatisch beschleunigt hat.

Das hat sie nicht.

Aber das, was wir an Erwärmung schon haben in den letzten Jahrzehnten,

ist für sich genommen schon dramatisch genug.

Noch verlangsamen die Meere die Klimawärmung,

weil sie ein wichtiger Puffer sind.

Fast 90 Prozent der durch die Klimawärmung verursachten Wärme

wird in den Meeren gespeichert.

Zudem nehmen sie rund ein Viertel der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf,

die der Mensch in die Atmosphäre bläst.

Dienstleistungen, die zukünftig weniger werden könnten.

Denn wärmere Wassermassen können Gase schlechter aufnehmen,

sagt Mochi Blattief.

Damit verbleibt eben ein relativ größerer Anteil des CO<sub>2</sub>s,

dass wir ausstoßen in der Atmosphäre.

Und das würde eben die globale Erwärmung nochmal beschleunigen.

Das Gleiche gilt auch für die Wärme.

Wärmere Ozeane werden vermutlich auch weniger Wärme aufnehmen.

Und auch das würde dann tatsächlich die globale Erwärmung beschleunigen.

Wann der Punkt erreicht, ist an dem die Ozeane deutlich weniger CO<sub>2</sub>-Aufnehmen

sehr offen, meint der Klimaforscher.

Ebenso unklar sei, wie sich die zunehmende Wärme auf die Tiefsee auswirkt.

Ähnliches gelte für die Meeresströmungen.

Auch hier sei es schwierig, langfristige Entwicklungen

von kurzfristigen Schwankungen zu unterscheiden,

weil es erst seit 20 Jahren Messungen gebe.

Insofern führen wir auch ein gewaltiges Experiment

mit unserem Planeten-Ehr der Haus.

Und das ist für mich jedenfalls der beste Grund,

es nicht zu weit zu treiben.

Man fährt im dichten Nebel mit Höchstgeschwindigkeit

und man weiß nicht, ob da gleich ein Stauende kommt oder nicht.

In so einer Situation befinden wir uns.

Diese Unkenntnis, was kommt,

sei der beste Grund, den Fuß vom Gasbeteil zu nehmen

und die Treibhausgasemissionen global zu reduzieren,

sagt Mochi Blattief.

Und das wollen wir nun noch vertief mit dem Meeresbiologen Gerhard Herndl.

Willkommen im Journalstudio.

Schönen guten Tag.

Sie waren in diesem Sommer drei Wochen lang auf einem Forschungsschiff im Nordatlantik unterwegs und sind auch dadurch auf dem neuesten Stand.

Im Beitrag ist die Fähigkeit der Ozeane angesprochen worden, die Erwärmungsrate der Atmosphäre zu puffern.

Diese Fähigkeit geht zurück.

Was bedeutet das zuerst für das Ökosystem in den Ozeanen?

Ja, für das Ökosystem hat das natürlich gravierende Folgen.

Diese marinen Hitzewellen, mit denen wir gegenwärtig konfrontiert sind, erstrecken sich im Prinzip über alle Teile des Ozeans, sowohl im Atlantik haben wir diese Phänomene wie auch im indischen Ozean und im Pazifik.

Und diese Erwärmungen führen dazu, dass teilweise Organismen absterben.

Wir haben gegenwärtig in der Karibik zum Beispiel in einigen Regionen vor Florida Temperaturen von über 35 Grad in den Oberflächengewässern.

Und das für dazu, dass wir dort ein Phänomen haben

in der gesamten Karibik eigentlich, dass wir Korallensterben beobachten.

Diese Korallen brauchen eigentlich, das sind ja tropische, subtropische Formen, warmes Wasser.

Aber wenn das über 30 Grad erreicht, dann bekommen sie einen Hitze-Stress, stoßen ihre Zogsandellen, ihre Algen, mit denen sie ein symbiose Leben ab und sterben dann letztlich verhungern dann im Wesentlichen.

Und was dann überbleibt, sind diese weißen Kalkskelette, die nicht mehr besiedelt werden können.

Und welche Auswirkungen sehen Sie durch die Erwärmung für den Menschen, für die Menschheit?

Naja, diese Erwärmung hat insgesamt einen großen Einfluss auf Tourismus zum Beispiel.

Das heißt, man kann das auch diese Marinenhitze wählen, kann man auch übersetzen mit einem großen ökonomischen Verlust.

Weil teilweise, so wie in der Karibik, Tourismus sehr viel auch lebt von intakten Korallensystemen, Korallenriffen.

Und wenn nun diese Ozeane absterben, bzw. Korallenriffe absterben von Algen überwuchert werden, dann kommen auch die Touristen nicht.

Das heißt, das hat direkt einen Effekt, einen ökonomischen Effekt und dann so schweigen von der Fischerei, die teilweise erlarmt, wie wir das gegenwärtig zum Beispiel auch wieder vor Südamerika haben, wo der El Nino wieder beginnt und das für dazu, dass dort die Fische ausbleiben.

Starke Regenfälle, auch eine Auswirkung.

Das Mittelmeer hat sich in diesem Jahr unglaublich aufgeheizt.

All das sehen wir bereits als Auswirkung.

In welcher Geschwindigkeit wird die Pufferfunktion der Ozeane

in Zukunft nachlassen?

Redet man da von Jahrzehnten oder geht das rasch?

Das ist schwierig, vorher zu sagen, wie rasch das geht.

Gegenwärtig ist es so noch so, dass der Ozean CO<sub>2</sub> aufnimmt.

So wirklich eine langfristige Tendenz.

Es gibt natürlich jährliche Schwankungen,

aber so richtig eine langfristige Tendenz ist da noch nicht abzulesen.

Aber das führt dazu, dass der Kohlendioxidgehalt

der oberflächlichen Ozeane immer weiter zunimmt.

Das heißt, er saurt weiterhin, das heißt, der pH-Wert sinkt

und das führt wiederum zu einem Stress für alle möglichen Lebewesen, speziell jene, die Kalkskelette bilden.

Und das sind relativ viele.

Kommen wir noch in die Tiefsee.

Also haben Sie auf dem Schiff ja auch geforscht.

Oft ist nur die Rede von der Oberflächen.

Temperatur, die steigt.

Wie entwickelt sich die Temperatur dort unten

und mit welchen Auswirkungen?

Wie wird sich die Tiefsee verändern?

In der Tiefsee sehen wir eine Zunahme der Temperatur

um ein, zwei, 10. Grad Celsius.

Das heißt, wir haben dort natürlich sehr abgeschwächte Erwärmung

und mit wenig Saisonalen unterschieden werden wir das

in der Oberfläche natürlich auch mehr große Saisonale unterschieden.

Das klingt wenig.

Natürlich klingt relativ wenig, führt aber dazu,

dass es ein riesiges Volumen ist.

Wenn bedenkt alles, was unterhalb von 200 Metern ist,

ist Tiefsee und die mittlere Meerestiefe ist 3,8 Kilometer,

dann heißt das, dass wir da von einem großen Volumen sprechen

und die Erwärmung führt dazu auch, dass sich das Wasser ausdehnt natürlich.

Das treibt auch den Meeresspiegel natürlich weiter in die Höhe.

Und diese tiefen Wassermassen, die sind im Prinzip sehr entscheidend

für das Klima auf unserer Erde, wenn wir den Golfstrom haben,

der dann zwischen Grönland, Island und Norwegen absinkt in die Tiefe

und der treibt dann das sogenannte nordatlantische Tiefenwasser an

und das ist im Prinzip der Motor eine globalen Zirkulation,

der alle Ozeanbecken verbindet und wie sich das nun ändert

mit der starken Erwärmung der Arktis, das ist schwer vorherzusagen.

Da ist noch gar nichts, alles erforscht, da gibt es noch viele Bereiche,

wo man noch gar nicht vorhersehen kann, welche Auswirkungen das bringt.

Ja, diese Meeresströmungen auch in der Tiefe, diese unterschiedlichen Wassermassen,

das ist ein komplexes Strömungsmuster und wie sich das mit einer Erwärmung verändert,

das ist eben sehr, sehr schwierig vorher zu sagen, aber sollte es so sein, dass wirklich der Golfstrom zum Beispiel sich verlangsamt und da gibt es durchaus wissenschaftliche Belege dafür, dass das so ist, über die letzten zehn Jahre hat sich der Golfstrom verlangsamt und das führt dazu, dass im Prinzip diese Conveyor Belt Zirkulation, diese Kreiselströmung im Ozean sich auch verlangsamt und das kann dazu führen, dass sich weiträumige Unterumständen auch die großen Wassermassen, die großen Strömungen auch verändern werden und das würde dazu führen, dass sich auch das Klima auf unserem Planeten ändert in verschiedenen Regionen, das zum Beispiel in Skandinavien könnte zum Beispiel kälter werden, wenn sich diese Strömungen verändern.

Große Änderungen sind möglich, sagt der Meeresbiologe Gerhard Herndl.

Vielen Dank für Ihren Besuch im Studio, einen guten Tag noch.

Gerhard, vielen Dank für die Einladung.

Kommen wir jetzt nach Österreich in diesem Mittagsschornal.

Nach zahlreichen Verschiebungen will die Regierung offen beim Herbst den Entwurf zum Informationsfreiheitsgesetz im Ministerrat absegnen.

Die Verhandlungen seien in den letzten Zügen, heißt es einmal mehr.

Dann sollen Gemeinden auch von sich aus aktiv relevante Informationen veröffentlichen müssen.

Ob das alle Gemeinden betrifft, ist noch unklar.

Ein heftig umstrittener Entwurf sieht vor,

dass nur Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern davon betroffen sein sollen.

87 an der Zahl.

Offen bleibt die Frage, um welche konkreten Schriftstücke es sich dabei handelt.

Experten sehen den Verwaltungsaufwand für kleinere Gemeinden nicht besonders groß, berichtet Victoria Waldeker.

Informationen von allgemeinem Interesse sollen Gemeinden künftig von sich aus veröffentlichen.

In einem Entwurf des Informationsfreiheitsgesetzes von 2021 werden hier speziell Gutachten und Studien, aber auch Verträge mit einem Wert von mehr als 100.000 Euro genannt.

In einem aktuelleren Entwurf von Juni diesen Jahres werden auch amtliche Statistiken, Tätigkeitsberichte und Amtsblätter aufgezählt.

Für Georg Krakow von Transparency International hält sich das in der Praxis in Grenzen. Gemeinderatsprotokolle sind jedenfalls zu veröffentlichen.

Ansonsten geht es hauptsächlich auch darum, was eine Gemeinde plant.

Wenn eine Gemeinde einen größeren Vertrag abschließt, zum Beispiel, weil eine Gemeindestrasse ausgebaut wird, das wäre zu veröffentlichen.

Auch die Amtsstruktur sei eine wichtige Info.

So könne man später gezielte Anfragen stellen, so Krakow.

In kleineren Gemeinden kämen solche relevanten Fälle oft nur ein paar Mal im Jahr vor, glaubt er.

Die Angst vieler kleiner Gemeinden vor der aktiven Veröffentlichungspflicht und ihrem Aufwand kann er deshalb nicht nachvollziehen.  
Man kann die Gemeinden auch dabei unterstützen, diesen Aufwand gering zu halten.  
Zum Beispiel, indem sich Gemeinden zusammenschließen und dann eine kompetente Person haben, die sich wirklich spezialisiert auf dieses Feld.  
Auch IT-Systeme könnten bei der Umsetzung helfen, glaubt Krakow.  
Von dem angedachten Kompromiss, der nur für Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern eine aktive Veröffentlichungspflicht vorsieht, hält er nichts.  
Wir haben eine Verwaltung, die für die Bürger da ist.  
Daher ist der Anspruch der Bürger auf Information eigentlich der natürliche Zustand.  
Das ist ja kein Gnadenakt, den die Verwaltung den Untertanen gewährt.  
Auch Verwaltungsjurist Peter Busjäger kann mit einer Unterscheidung nach Gemeindegröße nichts anfangen.  
Im Ergebnis ist das eine Diskriminierung aus meiner Sicht der Bevölkerung im ländlichen Raum, wenn sie sozusagen mit nicht gleichwertigen Informationen bedient werden, wie die Menschen in größeren Gemeinden.  
Dass Gemeinden von sich aus und nicht erst auf eine Anfrage hin Informationen bereitstellen müssen, hält er für wesentlich.  
Weil ich eben dann als Einwohner dieser Gemeinde die Möglichkeit habe, nämlich zu informieren, was in der Gemeinde überhaupt an Themen diskutiert wird.  
Und das für sich bereits ist wichtig und ich muss sozusagen keine Anfrage ins blaue starten.  
Das stärkt auch das Vertrauen in die Verwaltung, glaubt Busjäger.  
Die Covid-19 Finanzierungsagentur des Bundes, die Covaquirt, demnächst abgewickelt werden.  
Bis Monatsende will das Finanzministerium dazu ein Konzept vorgelegt haben.  
Zu tun hat die Covaquirt noch ausreichend, Tausende Fälle, Haaren der Erledigung.  
Ziegunternehmen warten zum Teil seit dreieinhalb Jahren auf die Entschädigungszahlungen wegen der Corona-Lockdowns.  
Die Interessensvertretung Finanz-Ombudsmann-Team kümmert sich vorwiegend um Klein- und Mittelbetriebe.  
Sie kündigt nun Klagen an, Volker Obermeier.  
Das Königreich der Eisenbahnen zählt zu den Familienattraktionen in Minapraater.  
Ob und wie das Projekt weitergeht, ist offen.  
Direktor Philipp Simeck wartet seit 18 Monaten auf weitere Überweisungen der Covaquirt, wie er dem ÖEinjournal schildert.  
Wir hatten mehrere Transchen.  
Allerdings ist jetzt noch die letzten beiden von über 1,1, 1,2 Millionen offen.  
In seinem Fall geht es um den Verlustersatz.  
Das Eigenkapital Reiche vielleicht noch für ein halbes Jahr, sagt Simeck.  
Der Betreiber der Modellwelt zählt zu jenen etwa 350 Unternehmern, die mithilfe von Finanz-Ombudsmann eine Klage gegen die Covaquirt anstreben.  
In allen Fällen geht es vor allem um die Nichtauszahlung von Fixkostenzuschuss sowie Verlustersatz.  
Wegen der bisher ausgebliebenen Überweisungen würde vielen Unternehmern das Geld ausgehen,

die Covaquirt zum Sargnagel für Betriebe zu werden, sagt Gerhard Zmurek, Chef von Finanz-Ombudsmann.

Jetzt ist schlussendlich die Phase erreicht, wo die Unternehmen ihre Kläube gar nicht mehr länger verdrösten können

bzw. keine eigene Substanz mehr haben.

Und so bleibt den Unternehmen gar nichts anderes übrig, als wie diese Schritte zu tun.

Wenn die allen Konkurs geben würden, was wir nicht hoffen bzw. weiter Probleme haben, sind bis weit über 10.000 Arbeitsplätze gefährdet und damit ist es ein gesamtwirtschaftliches Thema.

Ein Grund für die Verzöger der Auszahlung für eine EU-konforme Hilfe fehlt die nationale Regelung. Am 10. August hat die EU-Kommission 750 Millionen Euro freigegeben, es fehlt bis heute an der Umsetzung.

Konkret geht es um Hilfen jenseits von 200.000 Euro.

ÖVP und Grüner sollten die politische Frage dringend lösen, verlangt Zmurek, der Ballliege bei Finanzminister und Vizekanzler.

Unser Eindruck ist, dass hier im Hintergrund verhandelt wird und wieder proviert wird, Dinge, das eine oder andere auszutauschen,

weil das natürlich der Hauptfehler im Finanzministerium zu finden ist, ist vollkommen klar.

Und bei uns entsteht schon der Eindruck, dass die Grünen das auf der anderen Seite für einen Austausch entsprechend hier verwenden wollen.

Finanzanputsmann vertreten der Kauserkofach 600 Betriebe, vor allem aus Gastro, Tourismus und Handel.

Die meisten befinden sich in Wien, wo der Lockdown am längsten gedauert hat.

Zu den Verzögerungen teilt die Kofach schriftlich mit, sobald die notwendige nationale Richtlinie erlassen werde,

können sie mit der Umsetzung beginnen und die betroffenen Antragsteller-Antragstellerinnen informieren.

Noch seien an die 6.800 Anträge offen mit einem Volumen von 800 Millionen Euro.

Bis heute seien an die 15 Milliarden Euro bereits ausbezahlt worden, 99,4 Prozent der Fälle seien erledigt.

Zur Frage, wie dürfen sich Schülerinnen und Schüler in der Schule kleiden,

kommen wir noch in diesem Mittagsschanal zuvor zu Innenpolitischen.

Die Sozialdemokraten haben verschiedene Forderungen, um die gesunde Ernährung von Kindern zu fördern.

Die seien nämlich wegen der hohen Inflation gerade in ärmeren Familien nicht einfach.

Unter anderem will die SPÖ ein kostenloses Mittagessen in Kindergärten und in Pflichtschulen, ein Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und, ähnlich wie in Deutschland, die Einführung einer Kindergrundsicherung.

Die SPÖ nahe Sozialorganisation Volkshilfe berichtet von einer steigenden Zahl von Familien, in denen die Kinder wegen hoher Lebensmittelpreise nicht mehr gesund und ausreichend ernährt werden könnten,

Anna Lichtenberger von der Volkshilfe sagt.

Amtsbetroffene geben mehr Geld antheilig an ihrem Haushaltseinkommen für Essen aus, als Menschen, die mehr finanzielle Mittel zur Verfügung haben.

Und die Kinder kommen deshalb zum Teil ohne Frühstück oder ohne Jause in die Schule, können sich schwerer konzentrieren.

Die Familien müssen auf günstigere Lebensmittel zurückgreifen.

Das alles hat gesundheitliche Folgen.

Die stellvertretende Klubobfrau der Sozialdemokraten Eva Maria Holzleitner fordert, dass alle Kinder an Pflichtschulen und in den Kindergärten ein kostenloses Mittagessen bekommen sollen.

Das braucht hier zumindest das Commitment auf dieses gesunde Mittagessen, auch zum Beispiel Schulen dahingehend umzubauen, Kooperationen zu finden, wo es diese zum Beispiel auch schon gibt in Gemeinden, dass man im Altenpflegeheim kocht und dann die guten Speisen an die Schulen, an die Kindergärten bringt.

Hier gibt es gut funktionierende Kooperationen.

Das kann dann ausrollen.

Und dort, wo es nicht möglich ist, auch mit Schulumbauten, zum Beispiel im Schulentwicklungsplan, wäre das auch möglich, hier einfach einen Stufenplan auszuarbeiten, wie dieses gesunde, kostenlose Mittagessen auch tatsächlich umgesetzt werden kann.

Die Volkshilfe schlägt auch ein Modell zur Kindergrundsicherung vor.

Zusätzlich zur Familienbeihilfe soll es dabei bis zu 872 Euro im Monat geben.

Der Betrag soll niedriger sein, je höher das Einkommen der Eltern.

Holzleitner kündigt ein eigenes Modell ihrer Partei an.

Das Volkshilfemodell ist wirklich total beachtenswert,

weil es auch wissenschaftlich begleitet wird.

Wir als SPÖ werden uns mit einem eigenen Modell beschäftigen,

nehmen da natürlich auch die Erkenntnisse aus Deutschland,

wo sich die Ampel auf eine Kindergrundsicherung geeinigt hat, mit hinzu

und werden hier ein entsprechendes Modell präsentieren.

Wir starten jetzt, um uns dem ganzen Thema anzunehmen.

Erneuert wird heute auch die Forderung nach einem Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel,

um zu verhindern, dass der Händler eine ausgesetzte Steuer

erst wieder auf die Preise aufschlagen würde, solle laut Holzleitner eine Kommission wachen.

FPÖ-Forderungen jetzt. Die Freiheitlichen wollen die Strafen für den Konsum

und die Bearbeitung von Bildern, die sexuellen Missbrauch von Kindern,

zeigen massiv erhöhen bis hin zu Lebenslang.

Anleis ist das Teichmeisterurteil, das auch die Regierung

in Sachen Kinderschutzunterzug zwanggebracht hat.

Zentraler Punkt des FPÖ-Maßnahmenpakets, das die Oppositionspartei heute präsentiert hat,

ist auch ein lebenslanges Berufsverbot für verurteilte Täter

in Zusammenhang mit Kindern und Schutzbedürftigen.

Stefan Kappacher.

Für den freiheitlichen Justitsprecher Harald Stephan

steht an oberster Stelle jeden beruflichen Kontakt

von verurteilten Tätern mit Kindern zu verhindern.

Entsprechende Einträge in Strafregister dürfen deshalb nicht mehr gelöscht werden zu Stephan. Wir wollen keinen Pranger. Also wir wollen nicht das, was es in den USA und in England vielleicht zum Teil gibt.

Also so einen Internetpranger, dass jeder nachschauen kann, das schwebt uns nicht vor, aber umgekehrt sollte es leichter die Möglichkeit geben, von sich selbst einen Strafregisterauszug zu besorgen, damit man eben nachweisen kann, dass man keine einschlägige Vortellung hat und umgekehrt müssen diese Eintragungen unserer Meinung nach tatsächlich ein Leben lang drinnen bleiben.

Wer mit Kindern arbeitet, soll also bei der Bewerbung automatisch seinen Strafregisterauszug vorweisen müssen.

Beim Strafmaß, das derzeit zwischen einem und drei Jahren liegt, ist die FPÖ nicht zurückhaltend.

Uns schweben hier schon wirklich Mindeststrafen von fünf Jahren und bis zu 15 Jahren oder auch lebenslang vor,

um klar zu machen, dass es hier um wirkliche Kapitalverbrechen geht.

Der derzeitige Rahmen sei nicht angemessen, das verstehe niemand, sagt Stephan.

Die stellvertretende Klubschäfin Susanne Fürst pocht auf eine neue Gewichtung der Strafen für Delikte gegen Vermögen einerseits und Leib und Leben, besonders von Kindern andererseits. Fürst meint, dass Meinungsdelikte, die FPÖ-Leuten und sympathisanten verhältnismäßig oft vorgeworfen werden, zum Beispiel Verhetzung, total überbewertet sein.

Es wäre wichtig, dass man sich hier nicht dem Kampf gegen unliebsame Meinungen hingibt und hier die Ressourcen bindet, das bedroht nicht nur unsere Grundrechte und die Meinungsfreiheit, sondern eben sorgt auch dafür,

dass hier wirkliche Schwerverbrecher sozusagen sich sehr sicher fühlen können und unbehelligt ihrem Treiben nachgehen können.

Nicht zuletzt müsse auch mehr Geld in die Hand genommen werden, um personell aufzurüsten, etwa mit IT-Experten, um Täter wirksamer und schneller auszuforschen.

Berichtet Stephan Kappacher. Zu freizügig ist nicht erlaubt.

Wir sprechen von der Kleiderordnung im Stockerauer Gymnasium, das manches Gemüt erhitzt. Das Shirt muss den Nabel und den Brustansatz bedecken.

Die Hose darf nicht zu kurz sein, Kappen und Hauben sind nicht erlaubt.

Die Hausordnung des Gymnasiums in Stockerau schreibt den Schülerinnen und Schülern seit Anfang des neuen Schuljahres vor, wie sie sich zu kleiden haben.

Darüber spreche ich jetzt mit Bundesschul-Sprecherin Flora Schmudermeier.

Willkommen im Mittagsschonal.

Danke für die Einladung.

Da gibt es jetzt im Gymnasium in Stockerauer also eine Zeichnung, die Vorschriften darstellt. Die ist an die Schüler ausgehandigt worden.

Wie ist denn dazu die Schülersicht? Wie sehen Sie das als Schülervertreterin?

Wir sagen immer, Schule soll ein Wohlfühlerort für Schülerinnen und Schüler sein.

Schülerinnen und Schüler sollen sich dort aus Lernen konzentrieren können.

Dass es da dann um Verbote geht und was Kinder und Jugendliche anziehen sollen, das hat für uns keinen Platz.

Im Endeffekt ist es eine persönliche Entscheidung, die Kleiderwahl und dient auch zur persönlichen Entfaltung. Und das ist ja das, was Schule bilden soll. Die Schultirektorin begründet die Notwendigkeit solcher Regeln mit der Größe der Schule. Sie sagt 1.100 Personen, da braucht es eine Hausordnung. Ist das ein Argument für Sie?

Ja, es braucht ganz sicher Hausordnungen, aber ob in der Hausordnung die persönliche Kleidungsentscheidung von Kindern und Jugendlichen festgelegt werden muss, das ist glaube ich jetzt nicht wirklich eine Sache, die man sagen kann, ja, das ist das Wichtigste, was in der Hausordnung zu stehen hat. Da gibt es so Dinge wie Hausschubpflicht und wie man sich mit dem Schulgebäude verhalten soll, die da vielleicht wichtiger sind.

Die Richtlinien sollen aber in Abstimmung mit Vertretungen der Eltern und der Schülerinnen beschlossen worden sein.

Wenn es hier Einigkeit gibt, könnte man ja auch sagen, es ist alles in Ordnung, oder?

Ja, Schulautonomie ist ein guter Hebel, um solche Entscheidungen oder andere Entscheidungen zu tätigen.

Aber im Endeffekt schränkt sie trotzdem Leute in ihrem persönlichen Bereich ein.

Und da ist dann die Frage, ob das wirklich eine Entscheidung ist, die alle Schülerinnen und Schüler so gut finden oder ob das eine Entscheidung ist, die vielleicht dann auch die persönlichen Bedürfnisse von vielen nicht drücksichtigt. Jetzt ist der Vorstoß in Stockeraun nicht der erste.

Auch in Salzburg hat es eine Mittelschultirektorin mit Vorschriften versucht, musste dann auf Druck der Bildungsdirektion zurück rudern.

Auch in einer Kärntnerschule wurden den Schülerinnen mitgeteilt, dass Hotpans und Legins unerwünscht sind.

Sehen sie grundsätzlich, dass zu viel Haut ein Problem sein kann an Schulen?

Lenkt ab, kann für alle Beteiligten schwierig sein, sagen Befürworter von Kleiderordnungen.

Ja, solche Verbote, die scheinen immer wieder auf.

Doch im Endeffekt geht es darum, Probleme wie sexuelle Plästigung, Traubing, Gruppenzwang, etc. einfach einzudämmen.

Und ich sage Verbot, das sind dann nicht die richtige Art und Weise, dieses Problem zu lösen, sondern da gehört im Unterricht darüber gesprochen.

Solche sensiblen Themen gehören thematisiert damit Schülerinnen und Schüler damit umgelernen können,

weil nur wenn die Schultern aufhören, enden solche Probleme dann nicht auch.

Offenbar hat das aber nicht gefruchtet die Gespräche im Unterricht, deswegen dann die Kleiderordnung.

Wie soll man denn dann ihrer Meinung nach vorgehen, wenn die Gespräche nichts bringen?

Gespräche sage ich immer bringen am meisten, auch wenn sie vielleicht nicht immer sofort fruchten,

einfach dran bleiben und wirklich die Bedürfnisse und eigenen Wünsche äußern.

Denn ich sage immer, gerade in einem Schulkontext kommt man meistens auf einen grünen Zweig, wenn es um Bedürfnisse geht, Schülerinnen und Schüler, aber auch Eltern und Lehrpersonen haben.

Dass Jogginghosen unerwünscht sind an Schulen, das hört man ja öfter.

Sie selbst haben die Haarschuhpflicht angesprochen.

Die Frage ist, wie viel soll vorgeschrieben werden?

Wo verläuft denn da aus ihrer Sicht die Grenze?

Oder sind sie gegen Vorschriften generell?

Ich glaube, dass es gerade mit Kleidung zum Beispiel ein bisschen schwierig ist.

Ich sage immer, solange man in der Kleidung den Unterricht wahrnehmen kann, gerade Stichwort Sport und Sport gewandt, Praxisunterricht braucht Praxis gewandt, dann ist die Kleidung passend.

Und ob sie jetzt Markenkleidung ist oder ob sie vielleicht ein bisschen kürzer, ein bisschen länger ist,

das würde ich dann als persönlichen Spielraum der einzelnen Schülerinnen und des einzelnen Schülers beschreiben.

Den persönlichen Spielraum der Schüler offen lassen, sagt Bundesschulsprecherin Flora Schmudermeier.

Vielen Dank für das Gespräch und noch einen guten Tag.

Dankeschön.

12.38 Uhr ist es geworden.

Übermorgen jährt sich der Todestag der iranischen Kurdin Masha Amini, die im Gewahrsam die iranischen Sittenpolizei gestorben ist.

Dieser Vorfall hat zu Massenprotesten geführt.

Getragen vor allem von Frauen und jungen Menschen.

Der Iran hat in den vergangenen 12 Monaten massiv Menschenrechte verletzt.

Laut Amnesty International sind 22.000 Menschen rechtswidrig in Haft.

Mehrere 100 wurden bei den Protesten getötet.

Sieben Menschen sind hingerichtet worden.

Amnesty International will nun mit einer Kampagne getragen von Iranerinnen und Iranern im Ausland

auf die Verletzungen der Menschenrechte aufmerksam machen.

Berte Tomasowicz berichtet.

I went from Iran, so der Titel der Kampagne.

Rund 50.000 Menschen aus dem Iran leben in Österreich.

Allein 20.000 in Wien.

Eine davon ist die Kabarettistin Eda Loos.

Sie ist mit ihrer Familie 1985 aus dem Iran geflüchtet.

Diese Protester für den Iran sind sehr wichtig,

weil die Menschen, die dort leben, Leben riskieren, die jungen Frauen,

aber auch die jungen Männer mit diesen Protesten ihre eigene Zukunft.

Ein weiteres Gesicht der Kampagne ist der Autor und Unternehmer Ali Maloji.

Er ist 1981 mit seiner Familie geflüchtet und im Lagertreis Kirchen aufgewachsen.

De facto in Österreich kannst du alles werden, wer du sein möchtest.

Das Problem ist nur, wie geht man um mit dir?

Bis ich ungefähr 25 Jahre alt war, habe ich mich dafür geschämt,

Flüchtling zu sein.

Bis ich irgendwann gemerkt habe, wir müssen beginnen,

über diese Geschichten zu sprechen.

Ich glaube, all diese Menschen, die hier auf diesen Plakaten sind, sind nicht drauf, weil sie das jetzt lustig finden.

Aber das Ego sagt, jetzt hast du es geschafft.

Sondern wir wissen, dass es Geschichten gibt, die nie erzählt werden.

Jetzt werden diese Geschichten erzählt zur Unterstützung der Protestbewegung im Iran.

Wobei das nicht Reiche.

Auch die Bundesregierung müsse endlich handeln, fordert Shurah Hashemi, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich.

Staat sich regelmäßig mit Vertretern des iranischen Kleros zu treffen,

von denen wir wissen, wofür sie in erster Linie stehen,

würden wir die österreichische Bundesregierung auffordern

und sie ersuchen, sich mit Vertretern der iranischen Zivilgesellschaft zu treffen,

mit Frauenrechtsaktivistinnen, mit Oppositionellen,

mit Personen aus der jungen Generation,

die Generation, die diese Freiheitsbewegung anführt.

Darüber hinaus sollen verletzte Demonstrantinnen und Demonstranten

aus den Nachbarländern des Iran aus humanitären Gründen

zur Behandlung nach Österreich geholt werden.

Und es müsse die Strafverfolgung der Tito und Teterinnen angegangen werden.

Das Völkerrecht sieht dafür das sogenannte Weltrechtsprinzip vor.

Das ist ermöglicht schwerste Verbrechen,

sogenannte Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Dazu zählt Folter, dazu zählt das Verschwindenlassen von Personen,

auch zu bestrafen, wenn sie nicht im eigenen Land passieren

und wenn auch die Beschuldigten sich nicht im eigenen Land aufhalten.

Die Bundesregierung soll es sich für die Umsetzung

dieses Weltrechtsprinzips einsetzen.

Es ist möglich, im Sinne des Weltrechtsprinzips

Ermittlungen durchzuführen.

Es ist möglich, internationale Haftbefehle auszustellen

gegen identifizierte Teter und Teterinnen des iranischen Regimes.

Die Beweise für solche Haftbefehle liegen vor.

Menschenrechtsorganisationen international haben das Material gesammelt

und könnten es sofort zur Verfügung stellen.

In den USA droht ein Streik in der Autoindustrie.

Heute Nacht laufen die aktuellen Kollektivverträge aus.

Wenn sich Gewerkschaft und Autohersteller bis dahin nicht einigen,

könnten die rund 150.000 Beschäftigten, der sogenannten Big Three, die Arbeit niederlegen.

Also beschäftigte von General Motors, Ford und Stellantis.

Der Konzern zudem unter anderem Jeep und Chrysler gehören.

Und dieser drohende Streik, der stellt US-Präsident Joe Biden

vor einen schwierigen Balanceakt.

Einerseits präsentiert er sich ihm als Präsident,  
der an der Seite der Gewerkschaften steht.

Andererseits muss er die US-Wirtschaft vor weiteren Turbulenzen bewahren.

Aus den USA Christoph Kohl.

Angestellte demonstrieren vor den Toren der großen Autowerke in Detroit.

Sie wollen mehr Geld für ihre Arbeit,  
wäre neue Kollektivverträge.

Die Gewerkschaft UAW fordert 40% mehr Geld über einen Zeitraum von 4 Jahren.

Zudem fordert sie Tarifverträge für Angestellte von Batteriewerken  
und gewisse Jobgarantien für die Betriebsumstellung von Verbrennungen  
auf Elektromotoren.

Wir wollen Essen können, die Produkte kaufen können,  
die wir bauen, Kleider für unsere Kinder kaufen  
und wenn wir wollen, ihnen auch ein Studium finanzieren.

Sagt dieses Gewerkschaftsmitglied.

Die Forderungen der Gewerkschaften gingen viel zu weit,  
meint wiederum Ford-Manager Jim Farley.

Wir haben das großzügigste Angebot seit 80 Jahren vorgelegt,  
Lohnsteigerungen, Inflationsabsicherung, 5 Wochen Urlaub,  
17 bezahlte Feiertage.

Das sind klare Verbesserungen, daher bin ich optimistisch,  
dass wir einen Deal abschließen können.

Aber es gibt auch Grenzen.

Im Weißen Haus beobachtet man die Verhandlungen der Gewerkschaft  
mit den Autoherstellern ganz genau.

Präsident Joe Biden stellt sich bei öffentlichen Auftritten immer gerne  
an die Seite der Arbeiterschaft, fordert gut bezahlte Jobs,  
und bezeichnet sich stets als der gewerkschaftsfreundlichste Präsident  
der US-Geschichte.

Doch einen Arbeitskampf der Gewerkschaft will Biden verhindern,  
denn ein Streik könnte, je nach Dauer,  
über die Automobilindustrie hinaus weitreichende Auswirkungen  
auf die US-Wirtschaft haben.

Der letzte große Streik der Angestellten von Joe Biden  
hat den für die Demokraten wichtigen Bundesstaat Michigan  
in eine Rezession schlittern lassen.

Gewerkschaftsvorsitzender Sean Fane lässt das Argument,  
ein Streik würde der Wirtschaftsschaden nicht gelten.

Die Unternehmen sagen, ein Streik könnte die Wirtschaft zerstören.

Wir zerstören nicht die Wirtschaft, sondern ihre Wirtschaft,  
jene, die nun in der Zeit ist,  
die Wirtschaft zu zerstören.

Die Unternehmen sagen, ein Streik könnte die Wirtschaft zerstören.

Die Wirtschaft, sondern ihre Wirtschaft, jene,

die nur für die Milliardäre funktioniert,  
nicht aber für die Arbeiterklasse.  
Die Gewerkschaft übt auch Kritikern Joe Bidens Politik.  
Sie stört, dass die Automobilkonzerne von der Regierung  
viele Milliarden Dollar für die Umstellung auf Elektroautos bekommen.  
Diese Förderungen aber an keine Garantien  
für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geknüpft sein.  
Mit ein Grund, wieso diese Gewerkschaft  
beidens neuerliche Präsidentschaftskandidatur  
bisher noch nicht offiziell unterstützt hat.  
Unsere Unterstützung muss man sich verdienen.  
Es kommt auf die Handlungen an.  
Es müssen viele Probleme gelöst werden,  
auch mit dem Übergang zu Elektroautos.  
Der wird mit 100 Milliarden Dollar an Steuergeldern mitfinanziert.  
Arbeiter dürfen da aber nicht auf der Strecke bleiben.  
Wenige Stunden bleiben den Verhandlern noch,  
um sich auf eine Lösung zu einigen.  
Kommt es zu keinem Kompromiss,  
könnten schon morgen punktuelle Streiks,  
Autowerke teilweise Alarm legen.  
Nächste Station im Mittagsschonal Frankreich,  
wo Einweg Waves vom Markt verschwinden sollen.  
Diese Wegwerf-E-Zigaretten sind vor allem bei Jugendlichen beliebt  
und bereiten vielen den Einstieg in die Abhängigkeit.  
Sie argumentiert die französische Premierministerin das geplante Verbot.  
Hinzu kommt das Umweltargument,  
denn die Waves sind Batteriebetrieben und aus Plastik.  
Aus Paris berichtet Ihnen Cornelia Primosh.  
Wie ein Zuckelgeschäft sieht die kleine Boutique  
für E-Zigaretten bei der Pariser Oper aus  
und es riecht auch ein wenig danach.  
Unter anderem im Angebot sind Waves.  
Einweg E-Zigaretten verpackt in bunten Schachteln.  
24 unterschiedliche Geschmacksrichtungen stehen zur Auswahl.  
Sie kosten 8 bis 12 Euro.  
Es gibt sie mit und ohne Nikotin.  
Und eben die sollen künftig in Frankreich verboten sein.  
So das Vorhaben von Premierministerin Elisabeth Born.  
Wir werden demnächst einen neuen Antitabakplan präsentieren  
mit einem Verbot der Einweg-E-Zigarette.  
Die Waves hier in Frankreich  
und sie sind besonders beliebt bei Jugendlichen  
und sogar Kindern und eben das ist das Problem.

Sie führen bei den Jugendlichen zu schlechten Gewohnheiten und die entstehen selbst ohne Nikotin.

Der nächste Schritt ist die Tabakabhängigkeit.

Deshalb müssen wir das stoppen.

So Elisabeth Born.

Vor zwei Jahren, im September 2021, haben die Einweg-Waves Frankreich erreicht und rasch ihre Zielgruppe gefunden.

Die Waves seien ein Mode-Effekt bestätigen Jugendliche vor einem Gymnasium in Paris.

Auf TikTok wurde gesagt, dass die Waves super sein und besser als Zigaretten.

Die britische Investigativplattform Bureau of Investigative Journalism hat schon im Frühjahr 2021 publiziert, dass der Tabakkonzern British American Tobacco eine Milliarde Pfund in die Hand nimmt, um Alternativprodukte wie Waves von Influencern bewerben zu lassen.

Alternativprodukte, die gar nicht nach Tabak riechen.

Das riecht unglaublich nach Nutella, besser Nutella als Tabak-Witzeln, zwei Jugendliche Vaporinnen.

Es mache Spaß und die Eltern merken nichts.

Während die Wegwerf-Waves nach den Plänen der Regierung bald, die Prümmerministerin liefert keine konkrete Zeitangabe verschwinden sollen,

bleiben die aktuellen Zigarettenpreise in Frankreich unverändert.

Er liegt bei den gängigsten Marken bei 11 Euro pro Packerl.

Zu einem Sendungshinweis jetzt, das Journal Panorama beschäftigt sich heute mit Torf, noch immer ein wichtiger Rohstoff, dessen Abbau zwar klimaschädlich ist, der aber trotzdem in riesigem Ausmaß stattfindet.

Torfböden speichern mehr Kohlendioxid als jedes andere Ökosystem der Welt.

Trotzdem werden jährlich viele Millionen Kubikmeter Torf abgebaut, hauptsächlich für den industriellen Gartenbau.

Hier bei uns im Gemüsebereich, wo wir 150 Pflanzen in einer Kiste haben und jede Pflanze komplett gleich aussehen muss und der Anspruch der Kunden auch sehr hoch ist, sind wir einfach auf Torf angewiesen.

Da können dann auch Torfalternativen nur bis zum begrenzten Punkt eingesetzt werden.

Länder wie Deutschland oder Österreich plädieren für einen Ausstieg aus der Torfnutzung. Wir sehen das von unserer Seite her als dringender vorderlich, dass die Verwendung von Torf möglichst rasch zu beenden ist. Doch eine gemeinsame EU-Strategie lässt auf sich warten. Die baltischen Länder etwa exportieren immer mehr Torf. Einen ausführlichen Bericht darüber gibt es dann heute Abend ab 18.05 Uhr, gleich nach dem Abendjournal im Journal Panorama. Und jetzt geht's noch ins Museum. Michelangelo und die Folgen, so heißt die Ausstellung in der Albertina, die ab morgen die Entstehung eines Körperideals beleuchtet, das über 300 Jahre lang zum Maßstab jeder Darstellung des männlichen Aktes wurde. Im Mittelpunkt der Schau stehen Zeichnungen von Michelangelo und der prägende Einfluss, den er auf Künstler wie Dürer Rembrandt, Robens, Klimt oder Schiele hatte. Sabine Opholzer. Überbordende männliche Muskelkörper, einen Tumult der Leiber, zeigen die Vorzeichnungen zu dem Fresco die Schlacht von Kashina. Im Tiber badende Soldaten werden von ihren Feinden überrascht, eine Szene perfekt geeignet, den männlichen Körper ins Bild zu setzen. Albertiner Direktor Klaus Albrecht Schröder zur Faszination Michelangelo. In seinen Figuren ist die Größe des Menschen wie auch die Tragik des Menschen repräsentiert. Wir müssen nur an unsere eigene Zeit denken. Seit dem Zeitalter der Industrialisierung, der Mechanisierung, der Massenkriege, gibt es den Helden nicht mehr. Es gibt nicht den Einzelnen, deren Helden tot stirbt. Man stirbt, weil eine Empie nimmt Niedermädel. Im Zeitalter Michelangelo ist die Größe des Menschen, des Einzelnen, mit seiner inneren Zerrissenheit und seinen Spannungen, die seinen Geist bewegen mögen, Figur geworden. Diese Zeichnungen und Skulpturen schwanken zwischen Naturalismus und Idealisierung des Antiquin Ideals. Man darf nicht vergessen, dass in seiner Zeit, 1506, die Leukon ausgegraben wird, so eine Auffindung einer großen Skulptur wie die Leukongruppe war das gleiche wie die Mondlandung für das Jahr 1969. Da ist die Welt zusammengelaufen und belehrt worden, dass es einen Menschen gibt, den das Mittelalter über 1000 Jahre lang vergessen und verdrängt hat. Der männliche Körper war für Michelangelo das Maß aller Dinge. Sogar die berühmte Pietà aus dem Petersdom sieht aus, dass ihre Brüste nachträglich appliziert wurden, wie ein Gipsabdruck hier zeigt. Kuratorin Constanze Melissa verweist auch auf die libysche Sibille mit Muskelpaketen am Rücken.

Die Frau spielt eigentlich bei Michelangelo kaum eine Rolle.  
Man kann fast sagen, bis ins 18. und 19. Jahrhundert  
ist die Frau die Rückseite des Mondes,  
Terrenkogenter unbekanntes Land, die man als Modell gar nicht findet.  
Quer durch die Jahrhunderte führt der Ausstellungsparcours  
zu den schwebenden Frauen von Gustav Klimt  
und den entblösten Mädchen von Egon Schiele.  
Schon etwa 100 Jahre nach Michelangelo hatte Rembrandt Frauen  
in ihrer naturalistischen Nacktheit auch ganz ohne Idealisierung  
als Bildwürde geachtet, wie seine Zeichnung Adam und Eva zeigt.  
Bemerkenswert ist Rembrandts Frauenbild auch auf dem Gemälde Josef und Protifas Frau.  
Indem das Klavier Josef von Protifas Frau, also von seinem Herrn,  
quasi immer wieder dazu gedrängt wird, den Beischlaf auszuüben  
und zu ihr ins Bett zu kommen, er leistet Widerstand  
und wird dann ins Verließ geworfen.  
Auch die Versuchung des Heiligen Antonius.  
Also hier sieht man so wirklich die Frau als Verführerin,  
als Vamverteil oder auch bei Pettenkofen.  
Sieht man es sehr, sehr schön.  
Pettenkofen hat hier Zähne in einer Ehe.  
Sieht man quasi das verheiratete Paar,  
er kann einen sexuellen Wünschen der Frau nicht mehr sprechen.  
Hilfezeitgemäßer Fragestellungen werden in dieser Schau  
die Körperwelten Michelangeloes regelrecht seziert.  
Das ergibt erhellende Perspektiven.  
Findet Sabine Opholzer.  
Damit kommen wir jetzt zu unserem kompakten Nachrichtenüberblick.  
English is first.  
Jenny Johnson, please.  
The National Age teams are being sent to the country.  
Sami Zaptia is the editor of the Libya Herald.  
He says the situation there is chaotic.  
The problem now is crisis management,  
managing that relief effort.  
Things are chaotic, the city is in shock.  
There is no infrastructure.  
There is one road into the city,  
which is already jammed with vehicles  
and all of the city's temperatures have been destroyed.  
Officials on the Italian island of Lampedusa  
have declared a state of emergency,  
following a huge increase in the number of migrants  
arriving by boat.  
They say earlier this week nearly 7,000 people

arrived within a 24-hour period.

Local authorities say the situation has become unmanageable.

The UN Secretary General Antonio Guterres has called for greater solidarity among EU states in managing migration.

The leaders of Serbia and Kosovo are meeting in Brussels today for talks moderated by the EU's foreign policy chief Joseph Bodell. It follows months of tension between the two sides.

In May Kosovo's authorities installed ethnic Albanian mayors in majorities Serb towns in northern Kosovo.

There are hopes an agreement on fresh elections may be reached. North Korean state media say the Russian President Vladimir Putin has accepted an invitation to visit Pyongyang from North Korea's leader Kim Jong-un following his own trip to Russia this week.

The Kremlin hasn't confirmed the proposal. Following their meeting, Putin hinted at possible military cooperation between the two countries.

The heads of tech giants have held talks in Washington with US senators and civil rights advocates to discuss the regulation of artificial intelligence.

Those attending the closed door meeting included the heads of matter, Google, Microsoft and Tesla.

Afterwards, the CEO of Tesla, Ilan Musk, said there was overwhelming consensus for regulation.

But Dan Scarf, the head of a company working with augmented reality, says it will be a huge challenge. I'm not quite sure exactly what it is that they're going to referee as such.

Half of the complexity with this artificial intelligence is that no one really understands how it's working, not even necessarily the people that have created this artificial intelligence.

So, you know, that's one of the challenges with regulation.

This afternoon's weather for Austria, areas east of Salzburg and the south can expect showers.

Most of the sunshine will be in the west and north in the region from Upper Austria to Burgenland. Highs ranging between 17 and 25 degrees.

And now for the news in German with Daniela Nicolai.

Danke, Jenny.

Die Zahl der Todesopfer in den Überschwemmungsgebieten in Libyen könnte noch deutlich steigen.

Der Bürgermeister der verwüsteten Hafenstadt Derna befürchtet bis zu 20.000 Tote.  
Bisher war offiziell von mehr als 5.000 die Rede.  
Tausende Menschen gelten aber noch als vermisst.  
Die Pensionistenvertreter in Österreich fordern Nachbesserungen bei der Pensionserhöhung.  
Die von der Regierung beschlossenen 9,7% allein sind für sie nicht genug.  
Aus Sicht des Seniorenrates sei das alles andere als ein Grund zum Jubeln, kritisierte Peter Kostelka vom SPÖ Nahen Pensionistenverband.  
Nur ein kleiner Teil der Wünsche sei erfüllt worden.  
Kostelka und Seniorenbundpräsidentin Ingrid Koroseck von der ÖVP verlangen weitere Gespräche.  
Vor allem über eine Abgeltung der Zwischenfinanzierung der Teuerung für 2022 und 2023.  
Die Wirtschafts- und Korruptionsanwaltschaft stellt ihr Verfahren zur Wien-Energie ein.  
Ermittelt wurde wegen der hohen Rettungskredite für den Energieversorger der Stadt Wien im Vorjahr.  
Es bestand der Verdacht der Untreue und Beeinträchtigung von gläubiger Interessen.  
Dieser habe sich nicht erhärtet, so die WKSTA.  
Die Wien-Energie hatte hohe Sicherheitsleistungen für den Börsenhandel mit Strom und Gas die nicht mehr aus eigener Kraft aufbringen können.  
Die Stadt stellte deshalb kurzfristig 1,4 Milliarden Euro bereit.  
In Graz findet heute ein Prozess um einem besonders brutalen Raubüberfall statt.  
Eine 55-jährige Frau wurde im Dezember von drei Männern in ihrem Haus bei Graz überfallen, gefesselt und ausgeraubt.  
Acht Männer sind insgesamt angeklagt, nicht nur die drei mutmaßlichen Räuber, sondern auch zwei Verdächtige, die den Tipp für den Überfall gegeben haben sollen.  
Einer war ein bekannter des Opfers.  
Die Täter erbeuteten Schmuck und Bargeld aus einem Tresor.  
Nach einem Millionendiebstahl aus dem Museum für Ostasiatische Kunst in Köln fehlt von den Tätern jede Spur.  
Sie waren in der Nacht zum Mittwoch in das Museum eingebrochen und hatten chinesisches Porzellan aus dem 16. bis 19. Jahrhundert im Wert von mindestens 1 Million Euro gestohlen.  
Offenbar waren die Täter durch ein aufgehebeltes Fenster

und die Beide gelangt.

Und vor Grönland ist ein Kreuzfahrtschiff auf Grund gelaufen.

Ein Versuch, die Ocean Explorer während der Flut frei zu schleppen ist, vorerst misslungen, wie das dänische Militär mitteilt.

Das Schiff mit 206 Menschen an Bord war vor drei Tagen

im Alpe Fjord auf Grund gelaufen,

knapp 1400 Kilometer entfernt von der grönländischen Hauptstadt Nuk.

Dankeschön.

Zum Ende der Sendung hören Sie wie gewohnt die Wetterprognose Nikola Biermeier, bitte.

Sie hat gestern auch einige heftige Gewitter gebracht und mit ihnen einige neue Regenrekorde.

In Gasam Kamp in Langenläus und Kreuseck

hat es noch nie an einem Tag so viel geregnet wie gestern.

In Gasam Kamp waren das fast 87 Liter pro Quadratmeter.

Auch heute regnet es noch stellenweise,

vor allem von Salzburg Ostwärts und im Süden,

aber nicht mehr so intensiv wie gestern.

Morgen Freitag starten sie stellenweise mit Nebel in den Tag, im Süden.

Nach und nach kommt aber verbreitet zeitweise die Sonne heraus.

Im Bergland bilden sich am Nachmittag Quellwolken

und einzelne Regenschauer.

Im Donerraum wird lebhafter Ostwind

und die Temperaturen erreichen 18 bis 25 Grad.

Am Wochenende wird es wärmer mit 20 bis 27,

am Sonntag bis 29 Grad.

Zudem gibt es Sonne und Nebel.

Vereinzelt können auch Schauer sich bilden,

am Samstag speziell im Süden, am Sonntag im Berg und Hügeland.

Für ihr Interesse sagt ihr Journalteam Franz Renner,

Rainer Blohberger und Christine Tönige-Frenkenberger.

Es ist Punkt 1.